

**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Stadtvertretung**

17.05.2024

Niederschrift**über die 40. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 16.05.2024**Sitzungsort:

Hochschule Neubrandenburg, Mensa, Brodaer Straße 2, 17033 Neubrandenburg

Beginn: 16:00 UhrEnde: 19:44 Uhr

Unterbrechung: 17:56 Uhr bis 18:06 Uhr

Anwesenheit: Soll 43 Mitglieder der Stadtvertretung
Ist 40 Mitglieder der Stadtvertretung
93,02 %

Entschuldigt: Ratsfrau Klopsch
Ratsherr Kuhnert
Ratsherr Mantseris

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:Herr **Witt** OberbürgermeisterHerr **Modemann** Beigeordneter und 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters**Anwesenheit der Stadtverwaltung:**

Herr Murawski	OB-Bereich
Frau Kapler	OB-Bereich
Frau Kutzik	OB-Bereich
Herr Grömke	OB-Bereich
Frau Seugling	OB-Bereich
Frau Weimann	OB-Bereich
Herr Herrmann	OB-Bereich
Frau Schad	Innere Verwaltung
Frau Piotrowski	Innere Verwaltung
Herr Renner	Stadtplanung, Wirtschaft und Bauordnung
Frau Brecht	Stadtplanung, Wirtschaft und Bauordnung
Frau Kriegler	Stadtplanung, Wirtschaft und Bauordnung
Frau Kunze	Sicherheit und Ordnung
Herr Behm	Sicherheit und Ordnung
Herr Füsting	Sicherheit und Ordnung
Herr Meyer zu Schlochtern	Schule, Kultur, Sport und Recht
Frau Rathsack	Schule, Kultur, Sport und Recht
Frau Küster	Schule, Kultur, Sport und Recht
Herr Ramp	Schule, Kultur, Sport und Recht
Herr Schwabe	EBIM (Eigenbetrieb Immobilienmanagement)

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Stadtpräsident **Prof. Dr. Oppermann**, eröffnet die 40. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung, den Oberbürgermeister sowie die anwesenden Gäste.

Er informiert, dass ihm ein Antrag des NDR vorliegt, während der Stadtvertretersitzung Film- und Tonaufnahmen anzufertigen. Unter vorheriger Herstellung der Nichtöffentlichkeit wird über den Antrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Den Filmaufnahmen wird mehrheitlich **nicht** zugestimmt.

Weiterhin informiert er darüber, dass von der gesamten Sitzung Tonaufnahmen zum Zwecke der Niederschrift angefertigt werden.

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Der **Stadtpräsident** weist darauf hin, dass nur Bürgerinnen und Bürger der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg gehört werden.

Frau Kuboth meldet sich mit einer Frage. Sie nimmt Bezug auf die Mitgliedschaft der Stadt Neubrandenburg im weltweiten Bündnis der Städte für Frieden „Mayors for Peace“. Neubrandenburg sei seit 2006 Mitglied. Im November sei die letzte Sitzung des Bündnisses in Hannover gewesen. Auf der Homepage der Stadt finden sich keine Berichte darüber. Sie fragt, wie die Stadt Neubrandenburg dieser Mitgliedschaft gerecht wird. Weiterhin führt sie aus, dass am Tag der Flagge die Friedensflagge gehisst werden soll. Sie regt an, dass diese Flagge darüber hinaus gehisst bleibt, um ein Zeichen zu setzen, dass die Stadt sich zu dem Bündnis bekennt.

Herr **Witt** bedankt sich für den Hinweis und sagt Informationen auf der Internetseite der Stadt zu.

TOP 3 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der **Stadtpräsident** stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest (Postausgang 08.05.2024). Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt; die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 4 Beschluss über die Niederschrift der 39. Sitzung der Stadtvertretung

Abstimmungsergebnis: Die Niederschrift wird bei 3 Enthaltungen mehrheitlich bestätigt.

TOP 5 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt Vorlage: INF/VII/0257

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

TOP 6 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Für ihr 20-jähriges ehrenamtliches Engagement in der Stadtvertretung Neubrandenburg erhalten Ratsfrau Dr. Kuhk, Ratsherr Messner, Ratsherr Jaschinski, Ratsherr Prof. Dr. Oppermann und Herr Fuhrmann die Ehrennadel des Städte- und Gemeindetages MV.

(Die Übergabe an Ratsfrau Klopsch und Herrn Fuhrmann erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt durch die stellvertretende Stadtpräsidentin Ratsfrau Reinsdorf).

Der **Stadtpräsident** übergibt die Sitzungsleitung an **Ratsfrau Dr. Balschat**.
Ratsfrau **Dr. Balschat** und Herr **Witt** überreichen Blumen, Ehrenadeln und Urkunden.
Der **Stadtpräsident** übernimmt die Sitzungsleitung wieder.

Ratsherr **Schnell** thematisiert die Grundsteuerreform und stellt dazu folgende Fragen:

1. Welche Auswirkungen sind auf die Einnahmesituation der Stadt zu erwarten?
2. Sind Angaben hinsichtlich der Belastung von Gewerbe- und Wohngrundstücken möglich?
3. Ist absehbar, wohin sich die Hebesätze bewegen müssten, um ein ähnliches Steueraufkommen wie jetzt zu haben?

Herr **Witt** sagt die schriftliche Beantwortung der Fragen zu.
Die Anfrage erhält die Nummer **ANF/VII/0259**.

An dieser Stelle folgt ein Wortprotokoll, welches am 29.05.2024 in der außerordentlichen Präsidiumssitzung durch Ratsfrau Dr. Kuhk beantragt wurde.

Ratsfrau **Dr. Kuhk**: „Vielen Dank, Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Ratsherren und Ratsfrauen. Wir haben am 03. Mai die Mitteilung bekommen, dass sich die Ordnung im Rathaus geändert hat; und zwar die Hausordnung. Und die ist am 01. Januar in Kraft getreten, unterschrieben am 02. Mai vom Oberbürgermeister. Und hier wird insbesondere drauf hingewiesen, dass die Benutzung von Sitzungs-, Beratungsräumen sich geändert hat und die externen Mieter, welche ja nun die Fraktionen wären, künftig die Beratungsräume gegenüber dem Büro des Oberbürgermeisters zur Genehmigung anzuzeigen haben. Das haben wir natürlich vorbildlich, wie wir sind, sofort getan und haben dann, also, das war Freitag, da hat uns die Mitteilung erreicht, am Montag, den 6., haben wir den Antrag gestellt und am 13. haben wir die Antwort bekommen. Und da wurde darauf hingewiesen, dass also die Räume für fraktionsinterne Belange, Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Also, im Gegensatz zur bisherigen Ordnung, die ja ganz einfache Regelungen hatten und auch nicht unterschieden hat zwischen extern und interne Mieter, gibt es also jetzt unter § 7 Veranstaltung und Nutzung von Sitzungs- und Beratungsräumen zwei Absätze. Der erste Absatz ist für interne Mieter. Ich geh mal davon aus, Herr Schwabe hat die ja, glaube ich, erlassen oder Herr Schwabe ist der Hausherr, weil der Eigenbetrieb diese Immobilie, die ja der Stadt Neubrandenburg gehört, sozusagen bewirtschaftet für „uns“. Und da wird also unterschieden zwischen internen und externen Mietern. Ich hoffe, ich gehe richtig in der Annahme, dass die Verwaltung die internen Mieter sein sollen und die Vertretung die externen. So, wie Frau Kapler uns das geschrieben hat, dass wir nunmehr externe wären. Und da wäre es so, dass also diese Beratungsräume kostenpflichtig und nur in Ausnahmefällen und die Genehmigung des Oberbürgermeisters bedürfen und Mietverträge mit dem Vermieter zu schließen seien. Und da stellen sich bei natürlich gleich eine ganze Reihe von Fragen, wie das dann ist, wenn wir Fraktionssitzungen haben und kurzfristig, wer den Mietvertrag mit welcher Laufzeit und wie weit voraus abschließt. Wir haben das jetzt gehabt, als wir den Rathausumbau hatten und wir sind ja zunächst ausgewichen in den HKB-Turm und da ist ja immer jemand vom VZN gekommen. Also, das war sehr aufwändig, da mussten dreifach Ausfertigungen von Mietverträgen gezeichnet werden, da ist Geld geflossen, etc. pp. Das heißt also, wie teuer soll das dann auch sein für die Fraktionen und werden dann die Sachkosten für die Fraktionen eigentlich reichen oder müssen wir zukünftig mehr Geld einstellen, damit die Fraktionen also dann zukünftig sich auch leisten können, so einen Beratungsraum in ihrem Haus, was ja sozusagen das Rathaus ist, weil ja eine Gemeinde zwei Organe hat, das eine ist ja die Verwaltung und das andere ist ja durchaus die Gemeindevertretung. Und ob dann überhaupt die Sachkosten ausreichen wäre ja eine Frage. Und was bedeutet überhaupt fraktionsinterner Aufwand. Also, wer sagt, wann ist es ein fraktionsinterner und wann ist es ein fraktionsexterner Aufwand. Oder, sind die Fraktionssitzungen grundsätzlich Ausnahmen und für die müssen wir nichts beantragen, aber, dafür brauchen wir ja nun mal den Sitzungsraum. Die Geschäftsstellen haben wir sowieso. Sind wir dann auch externe

Mieter oder sind wir mit den Geschäftsstellen dann interne Mieter. Wie ist das mit den Nebenkosten. Also, bei mir haben sich da natürlich eine ganze Reihe Fragen gestellt. Und warum haben sich die Fragen gestellt. Also, ich hab' ja das Protokoll des Präsidiums gelesen. Und da steht ja als Antwort, warum es dieser neuen Ordnung im Rathaus, Hausordnung im Rathaus bedarf, dass es also alles effektiver und einfacher und transparenter werden soll. Für mich, als Fraktionsvorsitzende, sind natürlich gleich ganz viele rote Glocken angegangen und ich hab' für mich gesagt, also, für mich wird es weder einfacher, transparenter noch effektiver. Sondern für mich erschwert sich, wenn die Vorgaben denn so sein sollen und so stimmen, erschwert sich das Ganze und da, glaube ich, müssen wir dann so eine Absprache zwischen Verwaltung und Fraktion treffen, wie das zukünftig gehandhabt werden soll, damit es eben für uns alle auch tatsächlich einfacher, effizienter ist und nicht zur Kostenerhöhung für uns alle dann treibt.“

Herr **Schwabe**: „Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Ratsfrau Kuhk, ich versuch' es dann vielleicht etwas kürzer. Vielleicht ist die Erklärung auch deutlich kürzer. Da die Fraktionen selber keine Mietverträge mit der Stadt Neubrandenburg haben und die Fraktionsbüros über das Büro der Stadtvertretung angemietet sind, behandeln wir Sie als interne Mieter und nicht als externe Mieter. Insofern gilt all das, was Sie eben aufgeführt haben, was für externe Mieter gilt, für Fraktionen nicht. Sollte es missverständlich formuliert sein, das gucken wir uns nochmal an, würden wir das auch nochmal anpassen.“

Ratsfrau **Dr. Kuhk**: „Vielen Dank, Herr Schwabe, für die schnelle, unkomplizierte Aufklärung. Ich würde dann Frau Kapler, ist ja im Raum, bitten, dass sie die E-Mail, die sie uns am 3. Mai geschrieben hat, wo Sie uns tatsächlich ja als externe Mieter ausdrücklich bezeichnet, Ihnen zur Verfügung stellt, Sie dann eine Richtigstellung schreiben und dann bin ich hoch zufrieden.“

Auf Nachfrage von Ratsherrn **Waeller** zum aktuellen Stand der Umsetzung des Beschlusses zum Schwimmhallenneubau antwortet Herr **Witt**, dass dieser im Wirtschaftsplan der Stadtwerke zu berücksichtigen sei und die Vorbereitungen dafür laufen.

Ratsfrau **Wegner** bezieht sich auf ihre Frage in der Sitzung der Stadtvertretung am 04.04.2024 nach Unterstützungsmöglichkeiten seitens der Stadt für die Friedländer Bahn, zu der sie die Auskunft erhalten hatte, dass eine Entscheidung kurz bevorstünde.

Herr **Witt** verweist auf die ausführliche Behandlung des Themas in der 69. Sitzung des Hauptausschusses am 11.04.2024. Er sagt die schriftliche Beantwortung zu.

Die Anfrage erhält die Nummer **ANF/VII/0260**.

Ratsherr **Gille** führt zum Schwimmbadneubau aus und fordert die zukünftige Stadtvertretung auf, den bisher geltenden Variantenbeschluss nochmals kritisch und realistisch zu prüfen. Er bedankt sich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die gute Zusammenarbeit in der Wahlperiode.

Ratsherr **Messner** bezieht sich auf den vor über einem Jahr gefassten Beschluss der Stadtvertretung hinsichtlich der Augustastraße 1a und bittet um Information zum aktuellen Stand des Grundstücksverkaufs.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet und erhält die Nummer **ANF/VII/0261**.

Ratsherr **Dr. Wieland** erweitert den von Ratsherrn Gille ausgesprochenen Dank auf die Stadtvertretung, ihre Ausschüsse, weitere Gremien, die ehrenamtlichen Einwohner, Vereine, und Partner der Stadt.

Ratsfrau **Barthel** fragt, ob es beim diesjährigen Pfingstfest im Kulturpark eine Bühne für Veranstaltungen geben wird.

Herr **Modemann** verneint dies, da es in diesem Jahr keinen Veranstalter, sondern nur einen koordinierenden Schausteller gäbe. Er sagt eine schriftliche Antwort zu.

Die Anfrage erhält die Nummer **ANF/VII/0262**.

Herr **Modemann** informiert über die Besichtigung der Konzertkirche mit Vertreterinnen und Vertretern der Behindertenverbände. Seit der Begehung im vergangenen Jahr sind einige Verbesserungen zu verzeichnen, z. B. Handläufe und Sichtbarkeit von Treppenstufen. Ein wesentliches Thema für die Zukunft bleibe die Schaffung von Plätzen für Gehbehinderte, die auf einen Rollstuhl oder ähnliches angewiesen sind. Insofern sollten für die nächste Sitzungsperiode im Haushalt Planungskosten eingestellt werden, um sich dieser Problematik widmen zu können.

Ratsherr **Schwanke** fragt nach dem Eröffnungstermin für die neue WC-Anlage im Kulturpark.

Herr **Schwabe** antwortet, dass heute die Baugenehmigung eingegangen sei. Im Vorfeld wurde das Fundament hergerichtet. Der erste von zwei Toilettencontainern stehe bereits. Insofern gehe er davon aus, dass, die Anlage in den nächsten Tagen in Betrieb geht.

Ratsfrau **Dr. Balschat** informiert über ein Anliegen der in der Neustrelitzer Straße 7 a – h wohnenden älteren Bürger. Sie bittet zu prüfen, ob man auf dem Weg durch das Stargarder Tor schmale Platten verlegen könne, damit sich Bürger mit Rollatoren oder zu Fuß dort sicherer bewegen können, wenn sie die Innenstadt besuchen.

Herr **Witt** nimmt diesen Hinweis mit.

Ratsfrau **Reinsdorf** greift das Anliegen von Ratsfrau Dr. Balschat auf und erweitert die Bitte. Es sollten alle vier Stadttore betrachtet werden, da dieses Problem auch Menschen mit Kinderwagen und Rollstuhlfahrende betreffen würde.

TOP 7 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Der Stadtpräsident bittet um Ergänzung der Informationsvorlagen

INF/VII/0251 Bericht des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses gemäß §3 Absatz 4 Kommunalprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern
und

INF/VII/0252 Bericht der Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes gemäß §3 Absatz 4 Kommunalprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern

ohne Tagesordnungspunkt, nach TOP 15 (Ende der Fraktionsvorlagen) und vor TOP 16 (Vorlagen des Oberbürgermeisters).

Weiterhin bittet er um Nachtrag jeweils eines Änderungsblattes zur Drucksache BV/VII/0789 (**TOP 10**), zur Drucksache BV/VII/0802 (**TOP 14**) zur Drucksache BV/VII/0803 (**TOP 15**) zur Drucksache BV/VII/0784 (**TOP 19**), zur Drucksache BV/VII/0786 (**TOP 21**), zur Drucksache BV/VII/0781 (**TOP 27**) und zur Drucksache BV/VII/0794 (**TOP 32**).

Für folgende Vorlagen liegen Änderungsanträge vor:

BV/VII/0789 (**TOP 10**) – DIE LINKE

BV/VII/0800 (**TOP 12**) - CDU/FDP-Fraktion.

Der Stadtpräsident schlägt vor, die Drucksachen BV/VII/0784 und BV/VII/0785 (**TOP 19 und TOP 20**) sowie BV/VII/0776, BV/VII/0777 und BV/VII/0778 (**TOP 24, TOP 25 und TOP 26**) in verbundene Aussprache zu behandeln.

Ratsfrau **Reinsdorf** zeigt Mitwirkungsverbot für **TOP 28** und **TOP 29** an.

Rederecht wird beantragt für Herrn Meyer, Geschäftsführer Neubrandenburger Stadtwerke, zur Beschlussvorlage BV/VII/0797 (**TOP 28**) sowie für Herrn Zimmermann, Vermieter Grundschule Datzeberg, zur Beschlussvorlage BV/VII/0794 (**TOP 32**).

Der **Stadtpräsident** lässt über die Anträge zu den Rederechten abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Die Anträge werden einstimmig bestätigt.

Ratsherr **Giermann** beantragt die Streichung von Vorlage BV/VII/0802 (**TOP 14**).

Der **Stadtpräsident** lässt über den Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Der Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Der **Stadtpräsident** lässt über die Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 8 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

TOP 9 Keine Vollstreckung von GEZ – Rundfunkgebühren durch die Stadt Neubrandenburg Vorlage: BV/VII/0787

Ratsherr **Schnell** bringt die Vorlage ein und wirbt um Zustimmung.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 6 Dafürstimmen und 26 Gegenstimmen und 8 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Beschlussnummer: **STV 40/09/2024**

TOP 10 Defibrillatoren in Schulen städtischer Trägerschaft installieren! Vorlage: BV/VII/0789 – 1 Änderungsblatt

Ratsfrau **Schöler** bringt die Vorlage ein und wirbt um Zustimmung.

Ratsfrau **Reinsdorf** bringt den Änderungsantrag ihrer Fraktion ein und wirbt um Zustimmung.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** fragt nach dem Inhalt der in der Vorlage geforderten von der Verwaltung zu erstellenden Konzeption.

Ratsherr **Bromberger** macht sich für seine Fraktion den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zu eigen.

Er antwortet auf die Frage von Ratsfrau Dr. Kuhk, dass in der Konzeption u.a. folgende Punkte berücksichtigt werden sollen: die Ausstattung der Schulen mit den Geräten, eine entsprechende Schulung, eine Wartung, die Einbindung in die Leitstellen.

Ratsherr **Dr. Wieland** weist für die Zukunft darauf hin, dass sich dafür eingesetzt wird, dass auch Schüler in Schulen in freier Trägerschaft bedacht werden.

Der **Stadtpräsident** lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 32 Dafürstimmen und 8 Stimmenthaltungen angenommen.

Beschlussnummer: **STV 40/10/2024**

TOP 11 Sitzplätze im Bahnhofsgebäude Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0798

Ratsherr **Gesswein** bringt die Vorlage ein und wirbt um Zustimmung.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** bringt einen Änderungsantrag ein. Dieser soll die Vorlage um einen Punkt ergänzen:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in den Gesprächen mit der Deutschen Bahn AG zu verdeutlichen, dass das Bahnhofsgebäude täglich durchgehend, so lange die Züge verkehren, für wartende Reisende geöffnet sein soll.“

Ratsherr **Stieber** macht eine Ergänzung zur Vorlage. Der Beschlusspunkt soll lauten:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Aufstellung weiterer Sitzmöglichkeiten für Wartende Reisende im Bahnhofsgebäude sowie die Einrichtung einer öffentlichen Toilette zu prüfen und diesbezüglich mit der Deutschen Bahn zu verhandeln.“

Ratsfrau **Muth** regt an ein neues Hinweisschild zu den aktuellen öffentlichen Toiletten aufzustellen, bis es ein neues WC im Bahnhof gibt.

Ratsherr **Schwanke** sieht die Vorlage nicht im Aufgabenbereich der Stadt Neubrandenburg angesiedelt, sondern in dem der Deutschen Bahn.

Ratsherr **Bromberger** macht sich für seine Fraktion die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der SPD-Fraktion zu eigen.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 26 Dafürstimmen und 14 Gegenstimmen angenommen.

Beschlusnummer: **STV 40/11/2024**

TOP 12 Planung und Neubau einer Steganlage Broda-Strand
Vorlage: BV/VII/0800

Stadtpräsident **Prof. Dr. Oppermann** fragt, ob der Einreicher noch Ergänzungen hinsichtlich der finanziellen Mittel zur Vorlage machen möchte.

Ratsfrau **Barthel** bringt die Vorlage ein und bittet um Zustimmung.

Ratsherr **Jaschinski** bezieht sich auf die Nachfrage von Mitgliedern seiner Fraktion im Stadtentwicklungsausschuss, als die Steganlage abgerissen wurde. Damals wurde die Auskunft erteilt, dass zeitnah ein Ersatz kommen würde. Daher begrüßt die Fraktion DIE LINKE die Initiative und unterstützt diese Beschlussvorlage.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** plädiert dafür, die Vorlage im Gremiendurchlauf zu bearbeiten. Eine Beratung im Stadtentwicklungsausschuss und im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Ordnung und Sicherheit sei notwendig um auch die Position der Verwaltung zu hören. Zudem gehe aus der Vorlage nicht hervor, welche Investition auf den städtischen Haushalt 2025 zukommen würden. Er beantragt die Verweisung der Vorlage in die Ausschüsse.

Ratsherr **Giermann** bezieht sich auf die Diskussion zu dieser Thematik im Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport. Er bedankt sich beim Einreicher für die Initiative zum Einbringen dieser Vorlage. Da der Platz vor allem in den Abendstunden durch die Jugend genutzt werde, wäre es günstig, die Jugend mit einzubeziehen, um Vandalismus vorzubeugen und eine Art der Identifikation zu stärken. Daher der Änderungsantrag mit der Ergänzung seiner Fraktion.

Ratsherr **Bromberger** hat eine Nachfrage an Frau Rathsack zu den fehlenden finanziellen Auswirkungen und wie damit umzugehen sei.

Frau **Rathsack** verweist auf ihre E-Mail, in der sie die Fraktion Bürger für Neubrandenburg darauf aufmerksam gemacht hatte, dass es diesbezüglich ein Problem gibt. Hier soll beschlossen werden, dass die Steganlage auszuführen ist. Damit werden Mehrkosten entstehen, zu deren Deckung nichts vorgetragen ist.

Sie zitiert aus dem Schweriner Kommentar zur Kommunalverfassung: „Wird auf einen ohne Finanzierungsvorschlag vorgelegten Antrag hin Beschluss gefasst, ist dieser bereits formell rechtswidrig zustande gekommen, ohne, dass es auf die materielle Unvereinbarkeit mit Haushaltsgrundsätzen ankäme.“

Das heißt also, wenn der Beschluss so gefasst würde, wäre er rechtswidrig

Ratsfrau **Dr. Kuhk** bedankt sich für die breite Zustimmung zur Beschlussvorlage. Die Diskussion sei, wie Ratsherr Jaschinski und Ratsherr Giermann bestätigt haben, im Stadtentwicklungsausschuss und auch im Ausschuss für Generationen, Bildung und Sport geführt worden. Insofern sei das Thema nicht überraschend. Die Bedenken hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen kann sie nicht nachvollziehen. Es gehe hier um eine politische Willensbekundung damit an dieser Stelle wieder eine Steganlage errichtet werden könne. Deshalb werde die Verwaltung gebeten, die Mittel dafür im Haushaltsentwurf einzuplanen. Mit dieser Drucksache werde noch nicht die Höhe der Investition für den Steg beschlossen. Das erfolgt selbstverständlich erst mit Beschluss des Haushaltsplanes. Da es noch keinen Haushaltsplan für das Jahr 2025 gibt, könne derzeit auch noch kein Teilhaushalt als Deckungsquelle benannt werden.

Die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen, die auch Nutznießer der Steganlage sein sollen, sei richtig und gut und insofern mache sich die Fraktion Bürger für Neubrandenburg den Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zu eigen.

Ratsfrau **Muth** bekräftigt, dass es Aufgabe der Stadtvertretung sei, ihren politischen Willen auszudrücken. Es sei korrekt, dem Oberbürgermeister Aufträge hinsichtlich der Stadtentwicklung zu geben. Angesichts der formalen Einwände von Frau Rathsack schlägt sie vor, die letzten beiden Worte zu streichen und hinter „einplanen“ einen Punkt zu machen.

Frau **Rathsack** geht nochmal genau auf den Punkt ein. Es müsse das formuliert werden, was tatsächlich gemeint sei. Auszuführen bedeutet, dass die Verwaltung verpflichtet ist, es umzusetzen. Das könnten jetzt nur beschlossen werden, wenn eine gesicherte Finanzierung da ist. Diese ist, Stand jetzt, nicht vorhanden. Eingeplant werden können Maßnahmen nur in den Haushaltsplanentwurf, nicht in den Haushalt. Sie verweist auf den Formulierungsvorschlag. Dieser habe keine Billigung gefunden. Aus rein rechtlicher Sicht rät sie, die Streichung des Wortes „ausführen“ und der „Haushalt“ sollte als „Haushaltsentwurf“ bezeichnet werden.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** sagt folgende Änderung des Beschlussvorschlages in Punkt 1 an:

„Die Stadtvertretung Neubrandenburg beauftragt den Oberbürgermeister für das Jahr 2025 den Neubau einer Steganlage mit kleiner Überdachung am Brodaer-Strand in den Haushaltsplan 2025 aufzunehmen.“

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** bittet klar zu benennen, welche Ideen es gäbe, um Kosten einzusparen, damit die Investitionen für die Steganlage zu decken.

Ratsherr **Dr. Wieland** gibt zu bedenken, dass nach dem Willen des Einreichers eine Formulierung zurückgenommen werde, der Rest obliege der Haushaltsdiskussion.

Ratsherr **D'Aniello** spricht sich für den Neubau der Steganlage aus, da die Bürger der Stadt Neubrandenburg sich diesen wünschen. Auf den Haushalt müsse man aufpassen, aber geplant müsse der Steg werden.

Ratsherr **Stieber** sieht die Vorlage als Absichtserklärung, die auf einem Wunschzettel steht, die aber mit der Haushaltsplanung neu besprochen werden und auf den Prüfstand gestellt werden müsse.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** meint, dass bei einer Absichtserklärung, kein konkretes Jahr benannt werden müsse.

Ratsherr **Kowalick** stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Redeliste. Gleichzeitig beantragt er eine 10-minütige Pause nach der Abstimmung.

Der **Stadtpräsident** lässt über den Änderungsantrag zur Verweisung in die Ausschussfolge abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird mehrheitlich bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Der **Stadtpräsident** lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 36 Jastimmen und 4 Stimmenthaltungen beschlossen.

Beschlussnummer: **STV 40/12/2024**

Der **Stadtpräsident** räumt eine Pause von 10 Minuten ein.

TOP 13 Aufhebung Moratoriumsbeschluss für das Gelände der ehemaligen Haftanstalt der Staatssicherheit der DDR in Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0801

Ratsherr **Schwanke** bringt die Vorlage ein und wirbt um Zustimmung.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** sagt eine Änderung zu Punkt 3 an:

„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Ideenwettbewerb zur Gestaltung des Gedenkortes zu konzipieren und die Kosten dafür mit dem Bund und dem Land Mecklenburg-Vorpommern zu klären.“

Der **Stadtpräsident** lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 14 Dafürstimmen, 17 Gegenstimmen und 6 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Beschlussnummer: **STV 40/13/2024**

TOP 14 Hinweistafel für Heinrich Tessenow - Stadtidentität stärken
Vorlage: BV/VII/0802 – 1 Änderungsblatt

Ratsherr **Stieber** bringt die Vorlage sowie das Änderungsblatt ein und wirbt um Zustimmung.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 37 Dafürstimmen beschlossen.

Beschlussnummer: **STV 40/14/2024**

TOP 15 Prävention stärken
Vorlage: BV/VII/0803 – 1 Änderungsblatt

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** bringt die Vorlage ein und ergänzt, dass als Termin für ein Zwischenergebnis der 31.12.2024 in die Vorlage aufgenommen werden soll.

Ratsfrau **Kanew** führt aus, dass in der Vergangenheit bereits Sozialraumanalysen im Auftrag der Hochschule Neubrandenburg und anderen Träger der sozialen Arbeit durchgeführt worden seien. Diese Sozialraumanalysen sollten die Grundlage der Erstellung des Konzeptes zur Stärkung der Prävention bilden. Sie appelliert an die Stadtverwaltung, insbesondere die Hochschule Neubrandenburg bei der Erstellung einzubeziehen. Ihren Dank spricht Ratsfrau Kanew Herrn Blank, Herrn Prof. Dr. Marquardt sowie der RAA aus, die Grundlagen geschaffen haben, welche die Chancen präventiver Ansätze aufzeigen und konkrete Empfehlungen für die Stadt Neubrandenburg ausgearbeitet haben. Sie bittet um Zustimmung zum Antrag.

Ratsherr **Giermann** ergänzt, dass die Stadt nicht ganz untätig sei. Es werde z. B. bereits eine Jugendbeteiligungsmanagementstelle finanziert.

Ratsherr **Schwanke** spricht sich für die Vorlage aus. Das Ordnungsamt müsse jedoch ebenfalls gestärkt sowie neue Stellen für Sozialarbeiter geschaffen werden.

Ratsherr **Albrecht** spricht sich ebenfalls für die Stärkung des Ordnungsamtes aus. Er erachtet die Stärkung der Prävention jedoch als sehr wichtig und spricht sich für die Vorlage aus.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** führt aus, dass die Stadt Neubrandenburg in den letzten Jahren einiges gemacht habe, obwohl sie in erster Linie nicht mehr zuständig sei. Seit Jahren würden zwei Stellen in der Schulsozialarbeit vorgehalten, die über den Haushalt finanziert werden. Es würde auch jedes Jahr die Jugendsozialarbeit kofinanziert, die der Kreis zwar initiiert und bewilligt, aber ohne die Kofinanzierung der Stadt würde das nicht funktionieren und die Stellen der Jugendsozialarbeit gäbe es auch nicht. Sie spricht sich für die Vorlage aus.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 35 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 40/15/2024**

Bericht des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses gemäß § 3 Absatz 3 Kommunalprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern an die Stadtvertretung Neubrandenburg über die Erfüllung der Aufgaben der örtlichen Prüfung für das Haushaltsjahr 2023
Vorlage: INF/VII/0251

Ratsherr **Mieth** führt aus zur Arbeit des Rechnungsprüfungsausschusses. Er dankt allen Mitarbeitenden des Rechnungsprüfungsamtes sowie Frau Kühn, Frau Brüser und Frau Kutzik. Weiterhin dankt er auch den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses für die gute Zusammenarbeit.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Bericht der Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 3 Absatz 4 Kommunalprüfungsgesetz Mecklenburg-Vorpommern gegenüber dem Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses und der Stadtvertretung Neubrandenburg über die Erfüllung der Aufgaben der örtlichen Prüfung für das Haushaltsjahr 2023
Vorlage: INF/VII/0252
Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 16 Abberufung sowie Entsendung eines Mitglieds seitens der Gesellschafterin Informations- und Kommunikationstechnologien Ost AöR (IKT-Ost) in den Aufsichtsrat der neu-itec GmbH
Vorlage: BV/VII/0779

Ratsherr **Jaschinski** fragt, wie hoch das Sitzungsgeld bzw. die Aufwandsentschädigung bei der IKT-Ost AöR ist.

Herr **Witt** antwortet, dass es das im Aufsichtsrat keine Aufwandsentschädigung bezahlt werde.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 34 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 40/16/2024**

TOP 17 Annahme einer Spende von Christa Jeitner - Sachzuwendung in Form eines Kunstwerkes "Waldbaulager I, Die schmutzigsten Hände" für den Bestand der Kunstsammlung
Vorlage: BV/VII/0790

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 34 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 40/17/2024**

TOP 18 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 53 "Nahversorgungszentrum Kaufhof-Süd"
hier: Einleitungsbeschluss
Vorlage: BV/VII/0783

Ratsherr **Gesswein** führt aus, dass die CDU/FDP-Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Probleme werden mit der eventuellen baulichen Anordnung von Parkflächen auf der vorhandenen Grünfläche sowie mit einer Zufahrt von der Neustrelitzer Straße gesehen. Auch die Bedenken der Grundstückseigentümer, die Probleme mit der Zufahrt über die Edgar-André-Straße für das Grundstück befürchten, sehe die Fraktion.

Im Laufe der Beplanung müsse geklärt werden, dass genügend Parkplätze bei der Markterweiterung auf der vorhandenen Grundstücksfläche, z. B. durch Mehrgeschossigkeit, vorhanden sind und eine Regelung der Zufahrtssituation erfolgen. Grünflächen und ein ausreichender Fußweg für Schüler und Anwohner zur Bushaltestelle seien aus Sicht der Fraktion unbedingt zu erhalten.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 35 Dafürstimmen beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 40/18/2024**

Die Tagesordnungspunkte 19 und 20 werden in verbundener Aussprache behandelt.

TOP 19 Bebauungsplan Nr. 74.3 "Alte Brauerei", 1. Änderung
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/VII/0784 – 1 Änderungsblatt

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 34 Dafürstimmen und einer Gegenstimme beschlossen.
Beschlusnummer: **STV 40/19/2024**

TOP 20 27. Änderung des Flächennutzungsplanes der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg, Teilfläche "Demminer Straße/Alte Brauerei"
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/VII/0785

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 34 Dafürstimmen und einer Gegenstimme beschlossen.

Beschlusssnummer: **STV 40/20/2024**

TOP 21 Bebauungsplan Nr. 132 "Bootsschuppen am Oberbach"
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/VII/0786 – 1 Änderungsblatt

Ratsherr **Jaschinski** fragt, ob ein Ökopunktekonto gebildet werden solle, woraus die Eigentümer Anteile zeichnen oder, ob Ersatzflächen mit einer Bewaldung in Neubrandenburg vorgesehen sind,

Herr **Renner** antwortet, dass das noch nicht abschließend geklärt sei. Nach Klärung werde die Stadtvertretung informiert.

Ratsherr **Jaschinski** fragt nach, ob das abgestimmt werden und dann nochmal zur Diskussion vorgelegt werden könne.

Herr **Renner** antwortet, dass diese Vorlage zunächst der Entwurfs- und Auslegungsbeschluss sei. Spätestens mit dem Abwägungs- und Satzungsbeschluss werden den Ratsfrauen und Ratsherren die Informationen vorliegen, damit dann darüber abstimmt werden kann.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 35 Dafürstimmen beschlossen.

Beschlusssnummer: **STV 40/21/2024**

TOP 22 Satzung der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg über die Veränderungssperre Nr. 25 für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 81 "Am Behördenzentrum"
Vorlage: BV/VII/0791

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 35 Dafürstimmen beschlossen.

Beschlusssnummer: **STV 40/22/2024**

TOP 23 Jahresbericht 2023 der Berufsfeuerwehr der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: INF/VII/0248

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

Die Tagesordnungspunkte 24 bis 26 werden in verbundener Aussprache behandelt.

**TOP 24 1. Satzung zur Änderung der Verordnung über Parkgebühren der Stadt Neubrandenburg (Parkgebührenverordnung) vom 24.10.2019
Vorlage: BV/VII/0776**

Ratsfrau **Dr. Kuhk** und Ratsherr **Kadow** teilen mit, dass Ihre Fraktion den Vorlagen nicht zustimmen wird.

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 15 Dafürstimmen und 18 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Beschlusnummer: **STV 40/24/2024**

**TOP 25 4. Änderung zur Entgeltordnung für die Tiefgarage Marktplatz in Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0777**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 16 Dafürstimmen und 18 Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung abgelehnt.

Beschlusnummer: **STV 40/25/2024**

**TOP 26 2. Änderung zur Entgeltordnung für den Parkplatz "Am Stargarder Tor" in Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0778**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 11 Dafürstimmen und 22 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Beschlusnummer: **STV 40/26/2024**

**TOP 27 Benennung eines Weges in der Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Vorlage: BV/VII/0781 – 1 Änderungsblatt**

Abstimmungsergebnis: Die Vorlage wird mit 14 Dafürstimmen und 8 Gegenstimmen und 9 Stimmenthaltungen ~~abgelehnt~~ beschlossen*.

Beschlusnummer: **STV 40/27/2024**

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil.

gez.
Prof. Dr. Roman F. Oppermann
Stadtpräsident

gez.
Heike Witt
Protokoll

**Nach einem Hinweis in der Stadtvertretung am 06.06.2024 wurde der radaktionelle Fehler korrigiert.*